

SERBIEN

Die Rechten werden hoffähig



Ins Spiel gebracht: Tomislav Nikolic und der rechtsextremen SRS wurde mit dem koalitionstaktischen Getrickse von Ministerpräsident Vojislav Kostunica der künftige Weg an die Macht erleichtert.

(Foto: Internet)

Die rechtsextreme Serbische Radikale Partei ist zwar nicht an der Regierung beteiligt, die Partei des Ministerpräsidenten Kostunica hat sich ihr aber programmatisch angenähert.

Der Sieg der Serbin Marija Serifovic beim Eurovision Song Contest ist nur ein schwacher Trost für die, denen die zunehmende Hoffähigkeit der rechtsextremen Serbischen Radikalen Partei (SRS) Sorgen bereitet. Aber immerhin zeigt der Triumph der bekennenden Lesbe aus einer muslimischen Roma-Familie, dass es auch ein anderes Serbien gibt.

Erst im letzten Augenblick gelang in der vorigen Woche, was in den Tagen zuvor immer unwahrscheinlicher erschienen war. Punkt Mitternacht von Dienstag auf Mittwoch lief die Frist für die Konstitution einer neuen serbischen Regierung ab. Um halb zwölf stimmte die Mehrheit der Abgeordneten einer Koalition des "demokratischen Blocks" zu. Die Rechtsex-

tremisten der SRS bleiben damit vorerst in der Opposition.

Es war die komplizierteste Regierungsbildung seit der Einführung eines Mehrparteiensystems zu Beginn der neunziger Jahre. Die Wahlen am 22. Januar hatten kein eindeutiges Ergebnis gebracht. Die Parteien aus der früheren Anti-Milosevic-Allianz erhielten zusammen zwar deutlich über 50 Prozent der Stimmen. Eigentlich Wahlsieger war allerdings die SRS, die mit über 28 Prozent zur stärksten Partei avancierte.

Nationalistische Rhetorik

Ungewissheit herrschte vor allem, weil die national-konservative Demokratische Partei Serbiens (DSS) zum Zünglein an der Waage wurde. Die Partei von Ministerpräsidenten Vojislav Ko-

stunica hatte sich in den vergangenen Monaten programmatisch deutlich der SRS angenähert. Im Wahlkampf zog der Mann, der im Oktober 2000 Milosevic gestürzt hatte, mit seiner nationalistischen Rhetorik zeitweise sogar rechts an den Radikalen vorbei.

Zu einer dramatischen Zuspitzung im Konflikt um die Regierungsbildung war es in der vergangenen Woche gekommen. Die Abgeordneten von Kostunicas Partei begingen den Tabubruch und stimmten bei der Wahl des Parlamentspräsidenten tatsächlich für Tomislav Nikolic von den Radikalen. Scharfe internationale Reaktionen waren die Folge. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn sprach von "beunruhigenden Zeichen".

Nikolic reagierte prompt. Der neu gewählte Parlamentssprecher erklärte, für Serbien sei es angesichts der Drohungen aus dem Westen besser, eine "russische Provinz" zu werden als eine "Kolonie der EU". Außerdem brachte er die Proklamierung des "Ausnahmestandes" ins Gespräch. Dragoljub Micunovic, ein führender Politiker der liberalen Demokratischen Partei (DS) warnte daraufhin vor der Errichtung einer "Diktatur".

Kritische Intellektuelle schockiert

Mittlerweile wurde deutlich, dass Kostunica die Radikalen lediglich benutzte, um sich bei den verfahrenen Koalitionsverhandlungen in eine bessere Position zu bringen. Nur fünf Tage nach seiner Wahl wurde Nikolic von der DSS zum Rücktritt gezwungen. Das Manöver war erfolgreich: Obwohl die DSS bei den Wahlen weniger Stimmen erhalten hat als die DS, bleibt Kostunica Ministerpräsident. Außerdem sicherte sich die DSS gegen den erklärten Widerstand des EU-Sicherheitskoordinators Javier Solana den Posten des Innenministers. Damit kontrolliert Kostunica neben dem mächtigen Inlandsgeheimdienst BIA auch die kampferprobten Spezialeinheiten der Polizei, die im Falle einer Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zum Einsatz kommen könnten.

Kritische Intellektuelle reagierten geschockt auf die Ereignisse. Die Soziologieprofessorin Zagorka Golubovic, ein ehemaliges Mitglied der linksmarxistischen Praxis-Gruppe, wirft Kostunica vor, der SRS einen künftigen Weg an die Macht erleichtert zu haben. Aber auch von der neuen Koalition aus DSS, DS und der neoliberalen G17 sei nichts Positives zu erwarten, erklärte der frühere linksradikale Regimekritiker und heutige Publizist Dragomir Olujic. "Kostunica wird für Patriotismus, Kirche, Kosovo und den Geheimdienst zuständig sein. Die jungen Neoliberalen von DS und G17 werden gleichzeitig für Privatisierungen, Weltmarktintegration und Korruption sorgen", befürchtet er.

Boris Kanzleiter

Boris Kanzleiter ist Historiker und freier Journalist. Er lebt in Belgad.

Er kam, sah und ging wieder

(ergué) - Selten löste ein Staatsbesuch im Voraus so viel Wirbel aus, wie jener des russischen Präsidenten Putin in Luxemburg am gestrigen Donnerstag. Amnesty International (AI) nutzte den Anlass, um die lange Liste der Menschenrechtsmissachtungen in der Russischen Föderation zu thematisieren. Die Organisation rief dazu auf, diese Missstände während des Staatsbesuches anzusprechen und umfassende Reformen einzufordern. AI lud deshalb am Donnerstagnachmittag zu einem Informationsstand in die Oberstadt. Mit russisch beschriebenen Plakaten wurde anschließend versucht, den internationalen Gast auf die auch von Russland unterzeichnete europäische Menschenrechtserklärung aufmerksam zu machen. Ein näherer Kontakt mit dem Präsidenten des größten Flächenstaates der Welt war allein schon wegen der hohen Sicherheitsmaßnahmen nicht möglich. AI sieht vor allem die Artikel 5 und 9, also das Verbot von Folter und die Gewährung von Meinungsfreiheit, in Russland missachtet.

Den Erhebungen von AI zufolge setzte Präsident Putin die seit seinem Amtsantritt im Jahr 2000 zu beobachtende Zentralisierung der Macht und den Umbau der Gesellschaft hin zu einer "gelenkten Demokratie" auch in den vergangenen Jahren unbeirrt fort. Zusätzlich wird nun auch verstärkt gegen unabhängige Initiativen der Zivilgesellschaft vorgegangen. Im April 2006 trat ein neues Gesetz über Nichtregierungsorganisationen in Kraft, dessen Auswirkungen auf die Arbeit in- und ausländischer Organisationen noch nicht in Gänze absehbar sind. Darüber hinaus beschneiden die russischen Behörden systematisch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Demonstrationen werden mit brutaler Gewalt aufgelöst und zahlreiche Teilnehmer verhaftet. Unter besonderem Druck stehen diejenigen, die sich gegen die Verletzungen der Menschenrechte zur Wehr setzen: Menschenrechtsverteidiger und Kläger vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Sie werden drangsaliert, zu Verhören vorgeladen, mit dem Tode bedroht oder gar ermordet. Unvergessen ist auch die zynische Reaktion von Präsident Putin auf die Nachricht vom immer noch ungeklärten Mord an Anna Politkowskaja im Oktober 2006: "Der Tod der Journalistin ist für die russische Führung schädlicher als ihre Reportagen."

Die schwerwiegendsten Menschenrechtsprobleme wurden in Tschetschenien festgestellt. Die mit dem Konflikt einhergehenden Menschenrechtsverletzungen dehnen sich auf die Nachbarrepubliken aus. Die humanitäre Lage in der Region ist demnach geprägt durch weit verbreitete Unsicherheit, "Verschwindenlassen" von Kritikerinnen, Folter, willkürliche Verhaftungen und Haft ohne Kontakt zur Außenwelt sowohl in unbekanntem als auch in offiziellen Haftanstalten.

Weniger streng ging der Europa-Abgeordnete Robert Goebbels mit Vladimir Putin ins Gericht. Er sei zwar alles andere als ein Fan des autoritären russischen Staatschefs, doch müsse man anerkennen, dass sich die wirtschaftliche Lage des Landes, nach dem Jahrzehnt der Ausblutung unter Jelzin, kontinuierlich verbessert habe. Die Mehrheit der Russen stehe hinter Putin, meinte Goebbels, dessen Bericht zur europäisch-russischen Kooperation Anfang der Woche vom zuständigen Ausschuss des Europaparlaments gutgeheißen wurde. Nach dem Motto "Wandel durch Handel" will Goebbels die wirtschaftlichen Bande mit Russland enger gestrickt sehen. Das Argument, mit dem Einkauf von Gas und Erdöl werde ein Regime gestützt, das wenig für die Menschenrechte übrig hat, akzeptiert der ehemalige Minister nicht: Außer Norwegen kenne er kein Land, das Erdöl oder -gas exportiert, dem man in Sachen Menschenrechte eine gute Zensur ausstellen könnte. Besorgt zeigt sich Goebbels über das allgemein unterkühlte Klima der russisch-europäischen Beziehungen. Nur weil einige osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten ihre kommunistische Vergangenheit noch nicht verarbeitet hätten, seien unnötige Provokationen an der Tagesordnung. Goebbels optimistische Einschätzung, mit wachsendem ökonomischen Wohlstand verbessere sich auch die Menschenrechtslage, teilt der AI-Direktor Pol Paquet nicht. Putin habe vielleicht wirtschaftliche Erfolge aufzuweisen, aber sein Regime sei immer autoritärer geworden - gerade deshalb müsse jede Gelegenheit genutzt werden, um auf die Missstände aufmerksam zu machen.

Urteil im Prozess wegen G8-Gipfel in Genua

Das italienische Innenministerium ist am Ende billig davon gekommen: 5.000 Euro zuzüglich Prozesskosten. Ganz unbedeutend ist das Urteil, das Anfang Mai von einem Gericht in Genua gefällt wurde, jedoch nicht. Es war die erste Verurteilung in einem Verfahren wegen des Polizeieinsatzes bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua im Sommer 2001. Marina Spaccini, eine ehemalige Missionarin, die damals gemeinsam mit Anhängern der linkskatholischen Gruppe "Rete Lilliput" den aufgerüsteten Polizisten ihre weiß bemalten Hände zeigte und dabei "Non violenza!" rief, wurde brutal zusammengeschlagen und kam mit einer tiefen Kopfwunde ins Krankenhaus. Da sie keinen der vermummten Schläger erkennen konnte, zeigte sie das Innenministerium an.

Nicht nur die Verurteilung ist ein Novum in der juristischen Aufarbeitung der Ereignisse von Genua. Zum ersten Mal ist in einer Urteilsbegründung zu lesen, bei der "Gewalt gegen friedliche Demonstranten sowie bei den Lügen, die zu ihrer Rechtfertigung vor Gericht benutzt wurden", habe es sich keineswegs um "Einzelfälle" gehandelt, sondern um einen "breiter angelegten Plan". Dies wurde bisher in den Verfahren gegen führende Beamte, die in Genua im Einsatz waren, durch falsche Aussagen, offensichtliche Widersprüche in der Rekonstruktion der Ereignisse, Schlamperie mit Beweismaterial, das plötzlich verschwand, sowie durch eine offensichtliche Verschleppungstaktik bestätigt.

Auch im Verfahren wegen des Todes von Carlo Giuliani spielte Phantasie eine Rolle. Die Kugel, die Giuliani tötete, ist dem Gericht zufolge von einem "fliegenden Stein" abgelenkt worden und traf nur durch Zufall seinen Kopf. Verantwortlich für seinen Tod ist demzufolge niemand.

Dass das Realitätsprinzip mit dem oben genannten Urteil, über das jedoch nur die Lokalzeitungen von Genua berichteten, nun in einen genuesischen Gerichtssaal zurückgekehrt ist, ist insofern eine gute Nachricht. Doch schon in zwei Jahren wird für die angeklagten Beamten die Verjährung einsetzen. So ist es sehr wahrscheinlich, dass diese erste, kleine Entschädigung auch die einzige bleiben wird.

Federica Matteoni